

### **Resolution des Rates der Stadt Bad Lauterberg im Harz**

In Bad Lauterberg im Harz leben 11.000 Menschen unterschiedlicher Religion, Herkunft und Tradition in einer Gemeinschaft und im gegenseitigen Respekt in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese beruht auf Werte wie Verständnis, Toleranz und Offenheit im alltäglichen Umgang.

In den letzten Monaten haben viele Menschen auf der Flucht in Bad Lauterberg im Harz Unterkunft gefunden. Dabei haben unzählige Ehrenamtliche in Bad Lauterberg im Harz bei der Aufnahme und Integration beispielhaftes Engagement und Nächstenliebe gezeigt. Die herzliche Aufnahme und die Betreuung der Menschen, die in unserem Land und in unserer Stadt Schutz vor Krieg, Gewalt und Verfolgung suchen, waren und sind vorbildlich. Dafür dankt der Rat der Stadt Bad Lauterberg im Harz den vielen Ehrenamtlichen ganz herzlich.

Mit großer Sorge beobachten wir, dass eine Kundgebung des rechtsextremen „Freundeskreises Thüringen/Niedersachsen“ mitten in unserer Stadt stattfinden soll. Mit dieser Veranstaltung soll Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextreme, menschenverachtende Parolen verbreitet werden.

Der Stadtrat verurteilt Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus sowie Diffamierung und Gewalt jeglicher Art. Wir werden nicht zulassen, dass Menschen aus unserer Gemeinschaft aufgrund ethnischer Herkunft, religiösem Bekenntnis oder politischer Überzeugung ausgegrenzt oder diffamiert werden. Rechtsextremes Gedankengut ist für uns unter keinerlei Umständen akzeptabel. Wir treten ein für ein weltoffenes, tolerantes Bad Lauterberg im Harz. Wir werden rechtspopulistischen Gruppierungen wie dem „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ geschlossen und energisch entgegenwirken.

Daher begrüßen wir kreative und friedliche Aktionsformen und Initiativen gegen extremistische, demokratie- und fremdenfeindliche Bestrebungen als Ausdruck der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und Vielfalt.

Ein Klima von Hass, Gewalt oder Ausgrenzung darf es in Bad Lauterberg im Harz nicht geben.

Einstimmig beschlossen am 04. März 2016